



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

1. Der Kongress bekräftigt, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein prioritäres Ziel im Bereich der Menschenrechte und eine Schlüsselkomponente der sozialen Gerechtigkeit ist. Er verpflichtet den IGB zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter bei all seinen Bemühungen, bedauert, dass die tief verwurzelte und verbreitete Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeiten nach wie vor eine Realität ist und ist sich des gleichen Beitrages, den Frauen und Männer zur Gesellschaft, zum Wirtschaftsleben und zur Gewerkschaftsbewegung leisten, bewusst.

2. Der Kongress nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die geschlechtsbedingt unterschiedlichen Erwerbsbeteiligungs- und Arbeitslosenquoten trotz der von Frauen erzielten Fortschritte bezüglich ihres Bildungsstandes weiterhin kennzeichnend für die globalen Arbeitsmärkte sind. Frauen haben beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter zahlreichen Nachteilen zu leiden und verfügen bezüglich der Wahl der Arbeit und der angestrebten Arbeitsbedingungen in den meisten Fällen nicht über dieselben Möglichkeiten wie Männer. Noch ausgeprägter ist dies im Falle junger Arbeitsmigrantinnen. Darüber hinaus werden Frauen aufgrund traditioneller gesellschaftlicher Rollen übermäßig viele Betreuungsaufgaben sowie Haushalts- bzw. Familienpflichten aufgebürdet.

3. Geschlechtsbedingte Diskriminierung ist überall auf der Welt offensichtlich. Sie schlägt sich im Zugang zu Ressourcen, Bildungschancen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, politischer Macht und Führungspositionen nieder. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen weltweit beträgt lediglich 40%, wobei die Mehrheit in der Landwirtschaft und in der informellen Wirtschaft tätig ist, wo die Löhne und Arbeitsbedingungen gewöhnlich schlechter sind. Frauen sind in gering bezahlten Tätigkeiten überrepräsentiert, in Führungs- und technischen Positionen unterrepräsentiert und haben häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen zu leiden. Die Qualifikationen und Tätigkeiten von Frauen werden traditionell unterbewertet, und das globale geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle beträgt rund 22%. Politische Strategien und Programme zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter sind zwar unerlässlich, haben sich aber als unzureichend erwiesen, um Stereotype abzubauen und Ungerechtigkeiten zu überwinden.

4. Kulturelle, wirtschaftliche, soziale und religiöse Hindernisse müssen festgestellt, verurteilt und überwunden werden, um den Menschenrechten der Frau Geltung zu verschaffen und deren uneingeschränkte Wahrnehmung zu ermöglichen. Da geschlechtsbedingte Diskriminierung häufig mit anderen Formen von Diskriminierung verbunden ist, wie etwa aufgrund des Alters oder der Geschlechtsidentität, sollten po-

litische Strategien und Programme konzipiert werden, die sich mit den vielfältigen Formen der Diskriminierung der Frau auseinandersetzen, und es sollte ein übergreifender Ansatz in Bezug auf geschlechtsspezifische Fragen verfolgt werden.

5. Sexuelle Belästigung und andere Formen des Missbrauchs stellen eine ernsthafte Diskriminierung dar, die die Würde der Frau und des Mannes untergräbt und die Gleichstellung der Geschlechter negiert. Der Kongress bedauert die Tatsache, dass ein Drittel der Frauen zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben unter Gewalt zu leiden hat.

6. Da Frauen aufgrund der traditionellen beruflichen Segregation zu oft gering bezahlten wirtschaftlichen Tätigkeiten gezwungen werden, ungeachtet der Tatsache, ob es sich um gering qualifizierte oder qualifizierte Tätigkeiten handelt, ist es dringend notwendig, sich die Bedeutung und den Wert der Berufe, Branchen und Tätigkeiten, in denen Frauen überrepräsentiert sind, angemessen vor Augen zu führen. Es sollten Vorkehrungen getroffen werden, um Frauen den Erwerb von Qualifikationen für Berufe, Tätigkeiten und Branchen zu ermöglichen, die expandieren und menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten bieten, und den Qualifikationen von Frauen muss derselbe Wert beigemessen werden wie denen von Männern. Frauen sollten zudem dazu ermutigt werden, sich für nicht traditionelle Branchen zu entscheiden, wie etwa für grüne Tätigkeiten. Die Schulungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten die Chancengleichheit von Mädchen und Frauen fördern, und es sollten Initiativen für eine Aufteilung der Familienpflichten zwischen Männern und Frauen ergriffen werden, um Arbeits- und Familienleben angemessen in Einklang zu bringen, vor allem in Bezug auf die Kinder- und Angehörigenbetreuung.

7. Die Diskriminierung und Benachteiligung in der Arbeitswelt hängt häufig mit der reproduktiven Rolle der Frau und mit einem fehlenden Zugang zu erschwinglichen diesbezüglichen Unterstützungsdiensten sowie mit der Unzulänglichkeit des Mutterschutzes zusammen bzw. wird dadurch noch verschärft. Die Geberregierungen müssen den Regierungen der Entwicklungsländer die für das Angebot einer zufriedenstellenden und für alle zugänglichen ärztlichen Versorgung, auch in Bezug auf die reproduktive Gesundheit, und für den Zugang zu genügend Fachkräften für alle erforderlichen Ressourcen bereitstellen, um die Mütter- und Neugeborenensterblichkeit weltweit im Einklang mit dem fünften Millenniums-Entwicklungsziel zu senken.

8. Der Kongress ist sich bewusst, dass die Globalisierung unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer hat und dass diese Unterschiede und die daraus resultierenden Bedürfnisse Gegenstand einer geschlechtsspezifischen Analyse sein sollten, sowohl bei der Konzipierung der Politik als auch bei der Folgenabschätzung. Der Rückzug des Staates aus der Regulierungs- und Wirtschaftstätigkeit und die Kürzung öffentlicher Ausgaben wirken sich negativ auf den Beschäftigungsumfang und die Beschäftigungsbedingungen in Sektoren aus, in denen Frauen stark vertreten sind, und dadurch geht das Angebot von Diensten zurück, auf die Frauen aufgrund der ungleichen Verteilung der Familienpflichten unverhältnismäßig stark angewiesen sind.

9. Der Kongress betont, dass die globale Krise die Ungleichheit noch weiter vergrößert und die Rechte der Frau untergraben hat und dass es dadurch zu einer Verarmung von Frauen, vor allem von älteren Frauen, kommt. Die Krise sollte als wichtige Gelegenheit genutzt werden, um sich auf ein neues politisches Paradigma zu verständigen, das einen rechtsgestützten Ansatz widerspiegelt und Gerechtigkeit sowie die Gleichstellung der Geschlechter fördert. Die Konjunkturpläne der einzelnen Länder müssen daher von Anfang an eine umfassende geschlechtsspezifische Analyse beinhalten.

10. Der Kongress erklärt, dass die Gleichstellung der Geschlechter als zentrales Element sämtlicher Aspekte der Beschäftigungspolitik behandelt werden sollte, einschließlich makroökonomischer Rahmenwerke, einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierungsmaßnahmen, Unternehmensförderung und beschäftigungsintensiver Infrastrukturprogramme. Geschlechtsspezifische Fragen müssen im Mittelpunkt der Konzipierung und Bewertung der Auswirkungen von wirtschaftlichen Erholungsprogrammen stehen.

11. Der Kongress fordert die uneingeschränkte Achtung der Kernarbeitsnormen in allen Freien Exportzonen (FEZ), in denen Frauen 80% der Arbeitnehmerschaft stellen, um ausbeuterische, gefährliche und zum Teil brutale Praktiken, deren häufigste Opfer Frauen sind, zu beenden.

12. Der Kongress nimmt zur Kenntnis, dass nahezu die Hälfte aller Migranten weltweit Frauen sind und dass viele in den am wenigsten geschützten und ausbeuterischsten Sektoren arbeiten und immer häufiger für illegale Beschäftigungszwecke und Prostitution gehandelt werden. Er verurteilt die Zunahme derartiger sklavenähnlicher Praktiken und verpflichtet den IGB zu deren Bekämpfung und zu Bemühungen um eine wirksamere Inkraftsetzung der auf ihre Beendigung abzielenden Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene.

13. Frauen stellen zudem die Mehrheit der Beschäftigten, die prekäre Tätigkeiten verrichten oder in der informellen Wirtschaft arbeiten, die nicht unter die geltenden Gesetze fallen, denen ihre Grundrechte verweigert werden und die sich mit unter der Norm liegenden Arbeitsbedingungen konfrontiert sehen. Der Kongress fordert die Mitgliedsorganisationen auf, die Organisationsarbeit unter allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu intensivieren, sowohl in der formellen als auch in der informellen Wirtschaft, und alles daranzusetzen, um den gesetzlichen Schutz auf diejenigen auszuweiten, denen ihre Grundrechte bei der Arbeit gegenwärtig verweigert werden.

14. Der Kongress fördert und unterstützt Gewerkschaftsmaßnahmen, die darauf abzielen, Frauen und Kindern mit Flüchtlingsstatus aufgrund von Konflikt- oder Gewaltsituationen sowohl moralische als auch finanzielle Unterstützung zu gewähren.

15. Der Kongress ist besorgt darüber, dass, obwohl der Frauenanteil seiner Mitgliedsorganisationen auf 40% angestiegen ist und Anstrengungen unternommen wurden, um Frauen in ihren Strukturen und in ihrer Politik besser zu vertreten, nach wie vor keine uneingeschränkte Integration geschlechtsspezifischer Perspektiven in die Gewerkschaftsbeschlüsse, -politik und -aktivitäten erreicht wurde. Die Gewerkschaften tragen die grundsätzliche Verantwortung dafür, die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz, in ihrer Politik, in ihren eigenen Strukturen und in der Gesellschaft zu erreichen, und sie müssen in vorderster Front dieses Kampfes stehen. Der IGB fordert die Mitgliedsorganisationen auf, die gewerkschaftliche Organisation von Frauen und das Vordringen von Frauen in Führungspositionen in all ihren Strukturen zu priorisieren und sicherzustellen.

IGB-Aktionsprogramm

16. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) die Kampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen zu intensivieren, die darauf abzielt, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften zu

- erreichen, und um die Organisierungskampagne unter erwerbstätigen Frauen fortzusetzen, vor allem in FEZ und in der informellen Wirtschaft, aber auch unter Hausangestellten, Wanderarbeitskräften, Landarbeiter(inne)n, jugendlichen und anderen ungeschützten Beschäftigten;
- (b) die Ausweitung geschlechtsspezifischer Sensibilisierungsprogramme sowohl für männliche als auch für weibliche Gewerkschaftsfunktionäre und aktive Mitglieder zu unterstützen, um geschlechtsspezifische Perspektiven systematisch in die Politik, Programme, Publikationen und Verhandlungen zu integrieren;
 - (c) eine angemessene Beteiligung von Frauen als Verhandlungsbeauftragte der Gewerkschaften zu fördern und einen Aktionsplan für Tarifverhandlungen, sozialen Dialog und die Gleichstellung der Geschlechter durchzuführen, inklusive: Gesundheit und Sicherheit der Frau am Arbeitsplatz und Gesundheitspolitik, einschließlich HIV/Aids; Maßnahmen und Verfahren zur Beendigung von sexueller Belästigung, Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft allgemein; sowie Schulung für alle Verhandlungsbeauftragten und Gewerkschaftsvertreter/innen bezüglich der Integration geschlechtsspezifischer Maßnahmen in sämtliche Gewerkschaftsaktivitäten;
 - (d) die Gewerkschaftsarbeit zum Thema Lohnungleichheit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene auszuweiten, u.a. durch Tarifverhandlungen, Forschungsarbeit und die Verbreitung von Informationen über geschlechtsbedingte Lohndiskrepanzen, die Förderung des Konzeptes gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, die Korrektur der weitverbreiteten Vorstellung, dass bestimmte Berufe oder Tätigkeiten einem bestimmten Geschlecht vorbehalten sind, Kapazitätsausbau und Kampagnenarbeit für ein ausgewogenes Arbeits- und Privatleben, für das Recht auf einen die Grundbedürfnisse abdeckenden, existenzsichernden, menschenwürdigen Lohn und die Möglichkeit, dass unfreiwillig teilzeitbeschäftigte Frauen zu einer Vollzeitbeschäftigung überwechseln oder zumindest ihre Stundenzahl erhöhen können;
 - (e) den Zugang von Gewerkschafterinnen zu Bildungsmaßnahmen in allen Arbeitsbereichen der Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern, auch in Bezug auf die globale Wirtschaftskrise, Handel und Arbeitsnormen, Klimawandel und internationale Institutionen;
 - (f) die Gewerkschaften zu beobachten und dabei zu unterstützen, auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene für eine kohärente gewerkschaftliche Gleichstellungspolitik zu sorgen und um die Gewerkschaften zu geschlechtsspezifischen Prüfungen zu ermutigen, damit sie ihre Politik und Strukturen hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter konsolidieren, u.a. mittels der Nutzung des IAO-Instruments für geschlechtsspezifische Prüfungen;
 - (g) positive Aktions- und andere erforderliche Korrekturmaßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung von Frauen an den Beschlüssen, der Politik und den Aktivitäten der Gewerkschaften weiter auszubauen und sich aktiv für die Verpflichtung des IGB zu Geschlechterparität in seinen Programmen und beim Zugang zu Verantwortungspositionen auf der Führungsebene und in den Strukturen des IGB, seiner Mitgliedsorganisationen und der Gewerkschaften allgemein einzusetzen, wobei vor allem auf eine aktive Beteiligung junger Frauen an den Entscheidungsgremien geachtet werden sollte, indem u.a. geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten zur Geschlechterparität von den Mitgliedsorganisationen gesammelt und im Falle einer Nichteinhaltung Maßnahmen ergriffen werden;
 - (h) sich innerhalb der IAO für Geschlechterparität und für eine stärkere Vertretung von Frauen bei der Internationalen Arbeitskonferenz sowie für die Mitwirkung

von Gewerkschafterinnen an der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) einzusetzen;

- (i) sich intensiv um die Verabschiedung eines IAO-Übereinkommens, ergänzt durch eine Empfehlung, für Hausangestellte sowie um dessen anschließende Ratifizierung und uneingeschränkte Umsetzung zu bemühen;
- (j) die Kampagnenarbeit für die Ratifizierung und Durchführung der IAO-Übereinkommen 100 (Gleichheit des Entgelts), 111 (Diskriminierung), 156 (Arbeitnehmer mit Familienpflichten), 169 (Eingeborene und in Stämmen lebende Völker), 175 (Teilzeitarbeit), 177 (Heimarbeit) und 183 (Mutterschutz) sowie der Umsetzung der Empfehlungen der IAO-Konferenz von 2009 bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter als Kernstück menschenwürdiger Arbeit auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu intensivieren;
- (k) geschlechtsspezifische Analysen der Politik und Maßnahmen der internationalen Finanzinstitutionen, der WTO und anderer für die globale Wirtschaft und Entwicklung zuständiger Institutionen durchzuführen und diese Themen mit Blick auf die Erreichung des 3. Millenniums-Entwicklungsziels (MDG3) der Vereinten Nationen bezüglich der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter aufzugreifen;
- (l) sicherzustellen, dass die Gleichstellung der Geschlechter in sämtlichen Entscheidungsprozessen zum Tragen kommt, auch in Bezug auf Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit der globalen Krise, wie im Globalen Pakt der IAO für Beschäftigung befürwortet, sowie bei Investitionen in grüne Arbeitsplätze für Frauen und Männer;
- (m) kulturelle, wirtschaftliche, gesellschaftliche und religiöse Hindernisse für die Achtung der Rechte der Frau, die überwunden werden müssen, damit die Menschenrechte der Frau überall geachtet und uneingeschränkt in Kraft gesetzt werden, festzustellen und zu verurteilen;
- (n) für ein größeres Engagement der Unternehmen für positive Aktionen und Programme für die Gleichstellung der Geschlechter zu plädieren;
- (o) den Zugang von Frauen zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten, einschließlich des Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesens und der Wasserwirtschaft, sowie zu öffentlichen Diensten wie Kinderbetreuungseinrichtungen und Vorschulen, die Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt und eine fortgesetzte Berufstätigkeit ermöglichen, im Rahmen des Kampfes für die Gleichstellung der Geschlechter aktiv zu fördern;
- (p) spezifische Aktionen für die Bildung von Mädchen und die Beseitigung von Kinderarbeit sowie für die Ausmerzung des Menschenhandels, insbesondere im Rahmen des Sexhandels, durchzuführen;
- (q) spezifische Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Frau am Arbeitsplatz zu ergreifen, unter besonderer Berücksichtigung ihrer reproduktiven Gesundheit und Mutterschutzrechte;
- (r) das Recht der Frau auf Entscheidungsfreiheit, wenn es um ihren Körper und ihre Sexualität geht, zu verteidigen;
- (s) Verletzungen der Gewerkschaftsrechte der Frau und Gewalt gegen Gewerkschafterinnen zu verurteilen, den Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November aktiv zu begehen und sich um die Beseitigung der verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen zu bemühen;

- (t) alles daranzusetzen, um für die Inkraftsetzung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu sorgen;
 - (u) die Umsetzung der bei der 4. Weltfrauenkonferenz der UN im Jahr 1995 angenommenen Pekingener Erklärung und Aktionsplattform, vor allem Abschnitt F über Frauen und Wirtschaft, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern und einen wirksamen Beitrag der Gewerkschaften zu Folgetreffen sowie eine sinnvolle Beteiligung der Gewerkschaften daran zu gewährleisten und die Organisation der 5. Weltfrauenkonferenz der UN zu unterstützen;
 - (v) den Aufbau solidarischer Beziehungen zwischen Gewerkschafterinnen auf allen Ebenen zu fördern, einschließlich internationaler Solidaritätsaktionen mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen;
 - (w) sich aktiv am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, zu beteiligen, ihn zu einem globalen Aktionstag zu machen und Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen und Frauenorganisationen einzugehen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, u.a. im Rahmen des Weltfrauenmarsches.
-

Juni 2010